



„Öffentlichkeitsgesetz: Muss Komitee Regierungsarbeit übernehmen?“

Trotz klarem Volksverdikt möchte der Regierungsrat die Umsetzungsarbeiten über ein halbes Jahr ruhen lassen. Muss das Initiativkomitee nun die Arbeit der Regierung übernehmen, um dem deutlichen Volkswillen zeitnah Rechnung zu tragen?

Am 19. Mai hat das Thurgauer Volk in seltener Deutlichkeit das Öffentlichkeitsprinzip befürwortet. Über 80% der Stimmberechtigten haben die Volksinitiative „Offenheit statt Geheimhaltung“ angenommen, eine überwältigende Mehrheit der Thurgauerinnen und Thurgauer wünscht mehr Transparenz. In einer Mitteilung äusserte der Regierungsrat seine Ansichten zur Umsetzung der Vorlage. Trotz grossem Volksmehr möchte der Regierungsrat das Anliegen der Bevölkerung auf die lange Bank schieben und erst 2020 mit den Arbeiten beginnen.

Das Komitee hat kein Verständnis für die Prioritätensetzung und den mangelnden Eifer der Regierung, dieses aus ihrer Sicht nicht prioritäre Thema anzupacken. Nimmt der Regierungsrat den Auftrag ernst, dem Volk zu dienen, dann muss er einen Auftrag, den er vom Volk erhalten hat, auch zügig umsetzen.

Über 20 Kantone und der Bund haben das Öffentlichkeitsgesetz schon in Kraft gesetzt. Es gibt damit sehr viele Gesetzesvorlagen, an die man sich anlehnen kann. So haben zum Beispiel der Kanton St. Gallen und der Kanton Zug noch relativ neue Gesetze, die gut als Vorlagen dienen könnten. Dazu gibt es aus den anderen Kantonen sehr viele Erfahrungsberichte, die sich der Kanton Thurgau zu Nutzen machen kann. Das Rad muss also nicht neu erfunden werden.

Um dem Volkswillen rascher gerecht zu werden, behält sich das Komitee vor, noch im Sommer selber ein Gesetz vorzulegen. So könnte der Grosse Rat noch im Herbst eine Kommission einsetzen und zügig umsetzen, was sich in mehr wie 20 anderen Kantonen und beim Bund bereits bewährt hat. Da uns das Öffentlichkeitsprinzip sehr am Herzen liegt und wir fundierte Experten der Materie in unseren Reihen zählen, erachten wir dieses Vorgehen als zielführend.

Für Informationen:

Komitee „Offenheit statt Geheimhaltung“

Ueli Fisch, Präsident Komitee, Telefon 079 209 52 83, ueli.fisch@grunliberale.ch

Komitee (in alphabetischer Reihenfolge):

Peter Bühler, Dominik Diezi, Peter Dransfeld, Kurt Egger, Peter Gubser, Roland A. Huber, Alban Imeri, Hermann Lei, Urs Martin, Markus Moos, Lucas Orellano, Gina Rüetschi, Pascal Schmid, Nina Schläfli

Beilage: Foto Komitee (Bildquelle: Reto Martin, Thurgauer Zeitung)